

# BERLIN

## Die Woche



Informationsschrift der CDU-Bundestagsabgeordneten Ingrid Fischbach (Wahlkreis Herne-Bochum III)

---

### Liebe Leserinnen und Leser!

Die menschenverachtenden Anschläge auf die USA haben uns vor Augen geführt, daß der internationale, fundamentalistische Terrorismus eine neue Dimension der Bedrohung darstellt und daß dringend neue Konzepte zur inneren und äußeren Sicherheit vorgelegt werden müssen.

Die Union hat in dieser Woche ein inhaltlich geschlossenes und umfangreiches Gesamtkonzept zur internationalen Terrorismusbekämpfung beschlossen: Sicherheit 21 – Was zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus jetzt zu tun ist.

Die Kernpunkte sehen u.a. eine längerfristige Erhöhung der Etats für die Bundeswehr und die Sicherheitsbehörden, eine bessere technische und personelle Ausstattung der Polizei, eine Lockerung der Datenschutzregelungen, eine Wiedereinführung der Kronzeugenregelung, den Einsatz Verdeckter Ermittler, eine Neuregelung der Wohnraumüberwachung, Fingerabdrücke in Reisepaß und Personalausweis sowie die Regelanfrage beim Verfassungsschutz während des Asylverfahrens vor.

(Das ganze Konzept können Sie über mein Büro erhalten!)

*Ifc*

*Ingrid Fischbach*

### In dieser Ausgabe

Situation von Familien und Kindern weltweit verbessern ...S.2

3 Milliarden Sicherheitspaket weitestgehend aufgeteilt ...S.4

Regierung will Religionsprivileg beim Vereinsgesetz abschaffen ...S.5

Feigenblatt Schily ...S.6



### Ingrid Fischbach MdB

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel.: (030) 227-71074  
Fax: (030) 227-76436

ingrid.fischbach@bundestag.de

## Situation von Familien und Kindern weltweit verbessern



►► Auszug aus meiner Rede in der Bundestagsdebatte zu den Anträgen der FDP zu Landminen, AIDS-Sonderfonds und Kindergewalt :

Die **Situation** von Familien und **Kindern muß weltweit verbessert** werden.

Die Lebensbedingungen der Familien und damit auch der Kinder sind vielfach katastrophal. Weltweit wird die Kluft zwischen Arm und Reich größer, die Armut von Familien – und somit auch der Kampf ums Überleben - nimmt zu.

Kinder sind hiervon besonders betroffen: 600 Millionen Kinder wachsen in extremer Armut auf, 30 Millionen sind obdachlos, 100 Millionen gehören zu den „Straßenkindern“, 250 Millionen arbeiten für so geringe Bezahlung, daß wir von Ausbeutung sprechen können, 540 Millionen Kinder leiden unter Kriegsfolgen, allein in den neunziger Jahren sind über 2 Millionen Kinder umgekommen, viele durch **Landminen** verstümmelt.

Über 100 Millionen Landminen liegen in mehr als 80 Ländern der Welt verstreut, Kambodscha hält einen traurigen Rekord: über 4 Millionen Minen lauern nach UNICEF-Schätzungen allein an Wegen, auf Feldern und in den Dörfern von Kambodscha, 45.000 Menschen mußten nach Minenunfällen Füße, Beine oder Arme amputiert werden, **jedes 4. Opfer ist ein Kind!!!**

Wir alle sollten uns einig sein, **schnellstens alle Landminen zu ächten**, und alles in unserer Kraft stehende zu tun, auf die Länder einzuwirken, die das Anti-Personen-Minenabkommen von Ottawa noch nicht ratifiziert haben, der Ächtung dieser Minen endlich zuzustimmen.

Auch im Gesundheitsbereich gibt es noch viel zu tun.

Rund 80 % der Kinder sind heute gegen die wichtigsten Krankheiten geimpft ( 1960 waren es nur 5 % ), aber immer noch sterben täglich rund 50. 000 Kinder aufgrund von vermeidbaren Erkrankungen oder von Unterernährung. Ein Hauptproblem ist AIDS.

### **AIDS ist zu einer globalen Epidemie geworden:**

22 Millionen Menschen sind bisher an AIDS gestorben, 36 Millionen haben sich infiziert.

**Täglich infizieren sich 8500 Kinder und Jugendliche weltweit**, in manchen Regionen Afrikas kommt ein Drittel der Neugeborenen bereits aidskrank auf die Welt.

Besonders Mädchen und junge Frauen sind in den Entwicklungsländern von der Aids-Epidemie bedroht.

Unter den jungen Menschen zwischen 15 und 24 Jahren ist der **Anteil der infizierten Mädchen und Frauen doppelt so hoch** wie der ihrer männlichen Altersgenossen. Heute kommen im südlichen Afrika auf 10,1 Millionen HIV-positive Männer bereits 12,2 Millionen Frauen.

Hier muß Entwicklungshilfe gezielt eingesetzt werden, indem zum einen den Projekten Vorrang eingeräumt wird, die AIDS-Prävention und –bekämpfung in den betroffenen Regionen Afrikas zum Ziel haben, zum anderen müssen aber auch die freiwilligen Beiträge zur weltweiten AIDS-Vorsorge und –bekämpfung deutlich erhöht werden.

Dabei darf es nicht bei werbewirksamen Geldversprechungen des Kanzlers ( „300 Mio.“) bleiben, er muß auch dann für die nötigen Mittel im Bundeshaushalt sorgen (Ansatz lediglich 20 Mio.!! ) Die überdimensionalen Haushaltskürzungen von 2000 ( - 8,5% !! ) wirken sich jetzt dramatisch aus.

Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik ist auch **weltweite Kinderpolitik**. UNICEF ruft besonders im Jahr 2001 dazu auf,



### **Spruch der Woche**

*"Wir sollten ehrlich sein:  
Wenn wir in der  
Opposition wären, wären  
wir dagegen."*

Antje Vollmer  
Bundestagsvizepräsidentin  
(Grüne), über eine  
Beteiligung der  
Bundeswehr an  
Militäraktionen im  
Ausland

gegen die „verlorenen Kindheiten“, gegen Gewalt gegen Kinder die Stimme zu erheben.



Wir müssen den **Kampf gegen die weltweit zunehmende Gewalt gegen Kinder** zur **obersten Priorität unserer Menschenrechtspolitik** machen. Dazu gehört die Umsetzung der UN-Kinderrechtsrechtskonvention in der ganzen Welt. Über 190 Staaten haben sie unterschrieben, aber Anspruch und Wirklichkeit klaffen noch weit auseinander.

Kinderfreundlichkeit fängt im eigenen Land an, hört aber bei uns nicht auf. Globalisierung bedeutet auch Verantwortung für Notlagen in der übrigen Welt. Nachhaltigkeit für eine Politik, in der Kinder und Familien im Mittelpunkt stehen, muß Priorität auf unserer politischen Agenda haben.

Erkennen wir an, daß Kinder Bürger mit eigenem Recht sind, daß in der **Investition in ihre Entwicklung** der Schlüssel zum Ausbau einer von Frieden und Wohlstand geprägten Gesellschaft liegt. <<<

## **3-Milliarden Sicherheitspaket weitestgehend aufgeteilt**

▶▶ Die Bundesregierung hat sich "weitestgehend" über das 3-Milliarden-DM-Sicherheitspaket geeinigt. Dies erklärte ein Vertreter des Finanzministeriums am Mittwochabend im Haushaltsausschuss.

Danach sollen 1,5 Milliarden DM für das Verteidigungsministerium zur Verfügung gestellt werden, 500 Millionen DM für das Innenministerium, jeweils 200 Millionen DM für das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und jeweils 50 Millionen DM für das Bundesjustizministerium, das Bundesfinanzministerium und den Bundesnachrichtendienst (BND).

Die restlichen 500 Millionen DM sollen als Reserve bereitgehalten werden.

Finanziert werden soll das Sicherheitspaket durch Erhöhungen der Tabaksteuer um 2 Cent pro Zigarette und eine Erhöhung der Versicherungssteuer um ein Prozent. Die Mehreinnahmen werden nach Angaben der Regierung auf 1,55 Milliarden € (rund 3 Milliarden DM) geschätzt; dabei soll die Tabaksteuer 980 Millionen € und die auf Versicherungssteuer 500 Millionen € einbringen.

Fischbach: „Die CDU/CSU spricht sich generell gegen eine Erhöhung von Verbrauchssteuern aus. Diese Maßnahmen bei der Sicherheit hätten schon längst finanziert werden müssen.

Es ist unsinnig, dass die Bürger bei der eigenen Sicherheit mehr bezahlen sollen, um die äußere und innere Sicherheit zu finanzieren.“ ◀◀

## **Regierung will Religionsprivileg beim Vereinsgesetz abschaffen**

▶▶ Die Bundesregierung hat den Entwurf eines ersten Gesetzes zur Änderung des Vereinsgesetzes vorgelegt. Mit der "ersatzlosen Streichung" des so genannten Religionsprivilegs im Vereinsgesetz will die Regierung Verbotsmöglichkeiten gegen extremistische Religionsgemeinschaften schaffen.

Bislang waren Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsvereinigungen auf der Grundlage des Artikels 9 des Grundgesetzes aus dem Anwendungsbereich des 1964 erlassenen Vereinsgesetzes ausgeklammert.

Einheitlich bundesweit soll damit gegen Vereinigungen vorgegangen werden können, deren Zweck oder deren Tätigkeit unter dem Deckmantel der Religionsausübung den Strafgesetzen zuwider läuft oder sich gegen die



### **Wußten Sie schon ,**

... daß Ärzte in Deutschland das höchste Berufprestige haben? Das belegt eine Umfrage des Institut der deutschen Wirtschaft in Köln. Danach sind für 74 Prozent der Bundesbürger die Mediziner die angesehenste Berufsgruppe. Auf Rang zwei mit 38 Prozent liegen Geistliche, knapp vor den Hochschulprofessoren mit 33 Prozent und den Rechtsanwälten mit 31 Prozent. Die Schlusslichter der Erhebung bilden Politiker (10), Gewerkschaftsführer (8) und Buchhändler (7).

verfassungsmäßige Ordnung oder den Gedanken der Völkerverständigung richtet.

Laut Regierung sind danach drei Fallgruppen denkbar, bei denen gesetzliche Schritte bis hin zum Vereinsverbot in Betracht kommen. Zur ersten Gruppe gehören fundamentalistisch-islamistische Vereinigungen, die zur Durchsetzung ihrer Glaubensüberzeugungen Gewalt gegen anders Denkende nicht ablehnen.

Mit einem Verbot müssen künftig auch Vereinigungen mit Gewinnerzielungsabsicht oder politischen Zielen rechnen, die für sich den Status einer religiösen oder weltanschaulichen Vereinigung reklamieren, um im Fall eines Verbotsverfahrens Prozessrisiken aufzuwerfen.

Zur dritten Fallgruppe gehören die bislang nur im Ausland aufgetretenen so genannten Weltuntergangssekten mit Tötungsdelikten und Massenselbstmorden. <<<

## Feigenblatt Schily

▶▶ Innenminister Schily greift zur Zeit immer mehr Forderungen und Ansichten der Union sowohl in der Sicherheits- als auch in der Einwanderungspolitik auf. Er bietet damit ein gutes Bild in der Öffentlichkeit. Die SPD und die Grünen im Europäischen Parlament haben jetzt aber einer Richtlinie der EU-Kommission für Asylverfahren eine Mehrheit verschafft. Danach würde die Drittstaaten -und Flughafenregelung, die für einen Asylbewerberückgang in Deutschland von 438000 auf 78500 pro Jahr geführt hat, faktisch abgeschafft. Verfahren würden verzögert, eine Rechtsberatung auf Staatskosten garantiert. Welche Folgen dies für die Sicherheit in unserem Land hätte, kann sich jeder selber ausrechnen. Wenn die rot-grüne Regierung diese Richtlinie in der EU nicht noch kippt, ist klar, daß Schily nur ein Feigenblatt ist. <<<



### ... das Allerletzte!

*Die Pommes frites werden kürzer – weil die Kartoffeln kleiner sind. Schuld daran sei die mäßige Kartoffelernte in Deutschland, teilt die Zentrale Markt- und Preisberichtsstelle der Landwirtschaft mit. Die Witterung habe sich nachteilig auf die Größe der Erdäpfel ausgewirkt.*